

Auskunft:

[Mag. Tobias Strohmaier](#)

T +43 5574 511 21139

Zahl: Ia-547/0037-56

Bregenz, am [04.11.2025](#)

Betreff: Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte, Dornbirn  
Sammlungsbewilligung

## BESCHEID

Die gemeinnützige Privatstiftung Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte, Feldgasse 24 in 6850 Dornbirn, vertreten durch den Geschäftsführer Dir. Johannes Mathis, hat mit Antrag vom 16.10.2025, eingelangt beim Amt der Vorarlberger Landesregierung am 29.10.2025, um die Erteilung einer Sammlungsbewilligung in Form einer Haussammlung für den gesamten Bereich des Landes Vorarlberg (alle 96 Gemeinden) im Zeitraum 01.05.2026 bis 31.05.2026 angesucht.

Über den Antrag vom 16.10.2025 ergeht durch die Vorarlberger Landesregierung als zuständige Behörde folgender

### Spruch

Gemäß § 1 Abs. 1 i.V.m. den §§ 4 und 5 des Sammlungsgesetzes, LGBl. Nr. 48/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 62/2013, wird der gemeinnützigen Privatstiftung Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte, Dornbirn, die Bewilligung für die Durchführung **einer Haussammlung im Bereich des gesamten Landes Vorarlberg** für den Zeitraum **01.05.2026 bis einschließlich 31.05.2026** unter folgenden Auflagen erteilt:

1. Die mit der Sammlung betrauten Personen haben sich mit diesem Bewilligungsbescheid oder einer von der gemeinnützigen Privatstiftung Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte ausgestellten Bescheinigung über die Erteilung dieser Sammlungsbewilligung auszuweisen.

2. Allenfalls verwendete Sammelbüchsen oder Sammellisten sind mit der Aufschrift „Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte“ zu kennzeichnen.
3. Die mit der Sammlung betrauten Personen müssen mindestens das 14. Lebensjahr vollendet haben.
4. Die mit der Sammlung betrauten Personen sind verpflichtet, dem Spender bzw. der Spenderin auf Verlangen einen Beleg über die getätigte Spende auszuhändigen.
5. Der Ertrag der Sammlung ist für die Erhaltung der für die Dienstleistungen des Vorarlberger Landeszentrums für Hörgeschädigte erforderlichen Beratungs-, Therapie- und Schulungsräumlichkeiten zu verwenden.
6. Die Bewilligungsinhaberin hat der Vorarlberger Landesregierung über das Ergebnis der Sammlung und dessen Verwendung innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Sammlung unter Vorlage entsprechender Nachweise Rechenschaft abzulegen.

## **Begründung**

1. Mit Antrag vom 16.10.2025 ersuchte die gemeinnützige Privatstiftung Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte, Dornbirn, um die Erteilung einer Sammlungsbewilligung in Form einer Haussammlung für den Bereich des Landes Vorarlberg im Zeitraum 01.05.2026 bis 31.05.2026. Der Ertrag dieser Sammlung wird für die Erhaltung der für ihre Dienstleistungen erforderlichen Beratungs-, Therapie- und Schulungsräumlichkeiten verwendet werden.

Gemäß § 2 lit. a des Gesetzes zur Regelung öffentlicher Sammlungen (Sammlungsgesetz), LGBl. Nr. 48/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 62/2013, bedarf einer behördlichen Bewilligung, wer an eine Mehrheit von Personen eine Aufforderung zu Geld- oder Sachleistungen, für welche keine gesetzliche, satzungsmäßige oder vertragliche Verpflichtung gegeben ist, richtet. Hierbei ist es belanglos, ob die Aufforderung durch unmittelbare Einwirkung von Person zu Person in der Öffentlichkeit (Straßensammlung) oder in Geschäfts- und Wohnräumen (Haussammlung) oder durch die Aufstellung von Sammelbüchsen an allgemein zugänglichen Orten erfolgt. Es ist weiter gleichgültig, ob die Leistung selber oder nur eine zur Leistung verpflichtende Erklärung erbeten wird, ob der Name des Spenders und die Spende in einer Sammelliste verzeichnet wird oder nicht und ob eine geringfügige Gegenleistung erfolgt oder nicht.

Gemäß § 4 Sammlungsgesetz kann eine Sammlungsbewilligung erteilt werden, wenn für die Sammlung ein hinreichend öffentliches Bedürfnis vorliegt, ihre ordnungsgemäße Durchführung und die bestimmungsgemäße Verwendung ihres Ertrages gewährleistet ist und Rücksichten auf das ansehn des Landes, den Tourismus, die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung udgl. nicht dagegenstehen.

Gemäß § 5 Abs. 2 Sammlungsgesetz hat die Bewilligung schriftlich zu erfolgen und hat u.a. den örtlichen und zeitlichen Geltungsbereich, die Art, in welcher die Sammlung durchzuführen ist und die mit der Sammlung betrauten Personen sich auszuweisen haben sowie Sammellisten zu

kennzeichnen sind, die Vorgabe, dass die mit der Sammlung betrauten Personen mindestens das 14. Lebensjahr vollendet haben müssen, sowie den Zweck des Sammelertrages zu enthalten.

2. Die beantragte Sammlung des Vorarlberger Landesentrums für Hörgeschädigte, Dornbirn, welche mittels einer Sammlung in Wohnräumen (Haussammlung) durchgeführt werden soll, unterliegt gemäß § 2 lit. a Sammlungsgesetz einer Bewilligungspflicht.

Das Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte führt regelmäßig ordnungsgemäß Sammlungen in Vorarlberg durch und verwendet die Erträge bestimmungsgemäß. Gründe, die einer Erteilung der beantragten Sammlungsbewilligung entgegenstehen, sind nicht zu erkennen. Auf Grund des Sammelerfolges der letzten Jahre kann davon ausgegangen werden, dass für die Sammlung ein hinreichendes öffentliches Bedürfnis vorliegt.

Die Bewilligung nach dem Sammlungsgesetz war daher zu erteilen.

3. Gemäß § 3 des Verwaltungsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 10/1974 i.d.F. LGBl. Nr. 13/2021, sind juristische Personen, welche nach ihren Organisationsvorschriften und nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, von der Errichtung der Verwaltungsabgaben befreit, wenn sie in Erfüllung der Aufgaben tätig werden, die ihnen nach ihren Organisationsvorschriften obliegen.

Aufgrund der Verfolgung gemeinnütziger Zielsetzungen ist die Bewilligungsinhaberin von der Entrichtung einer Verwaltungsabgabe befreit.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann binnen vier Wochen ab seiner Zustellung Beschwerde erhoben werden, die schriftlich, mit Telefax oder mit E-Mail beim Amt der Vorarlberger Landesregierung einzubringen ist. Die Beschwerde hat zu enthalten: die Bezeichnung des angefochtenen Bescheids, die Bezeichnung der Behörde, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat, die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die zur Beurteilung erforderlich sind, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

### **Hinweis zur Gebührenpflicht:**

Die Beschwerde ist mit € 50,-- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes Österreich – Dienststelle Sonderzuständigkeiten (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der Funktion „Finanzamtzahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“ und das Datum des Bescheides (als Zeitraum) anzugeben. Der Zahlungsbeleg

oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

**Hinweis zur Gebührenbefreiung:**

Die Gebühr ist nicht zu entrichten, wenn im § 14 TP 6 Abs 5 GebG oder im jeweils zur Anwendung kommenden (Verwaltungs)Materiengesetz eine Gebührenbefreiung für die Eingabe vorgesehen ist.

**Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:**

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

Für die Vorarlberger Landesregierung  
im Auftrag

Mag.<sup>a</sup> Martina Schönherr

Ergeht an:

Vorarlberger Landeszentrum für Hörgeschädigte gemeinnützige Privatstiftung  
zH Herrn Dir. Johannes Mathis  
Feldgasse 24  
6850 Dornbirn  
Brief: RSb

Nachrichtlich an:

1. ZV Bezirkshauptmannschaften  
per V-DOK (intern)
  
2. ZV Gemeinden per V-DOK (Amtsadresse)  
per V-DOK (intern)